

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Datum: 26.05.2010

Ort: Aula des Beruflichen Schulzentrums für Technik II, Schloßstraße 3, 09111
Chemnitz

Zeit: 15:35 Uhr - 17:51 Uhr

Vorsitz: Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig

Beschlussfähigkeit

Soll: 61 Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin
Ist: 55 Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin

Anwesenheit

Entschuldigt

| | | |
|----------------------------------|--------------|-------------|
| Herr Jürgen Konrad | Fraktion FDP | Krankheit |
| Herr Wolfgang Meyer | Fraktion FDP | dienstlich |
| Herr Prof. Dr. Andreas Schmalfuß | Fraktion FDP | dienstlich |
| Herr Michael Wirth | SPD-Fraktion | Dienstreise |

Verspätetes Erscheinen

| | | |
|-------------------------|--------------------|-----------------------------------|
| Frau Dr. Heidi Becherer | SPD-Fraktion | 15:44 Uhr, TOP 4, dienstlich |
| Herr Dr. Peter Neubert | Fraktion DIE LINKE | 16:17 Uhr, TOP 6.3, dienstlich |

Frühzeitiges Verlassen

| | | |
|--------------------|---------------------------|----------------------------|
| Herr Joachim Ziems | Ratsfraktion PRO CHEMNITZ | 16:15 Uhr, TOP 6.2, privat |
|--------------------|---------------------------|----------------------------|

beratend Teilnehmende

| | |
|----------------------|----------------------------|
| Frau Bettina Bezold | Gleichstellungsbeauftragte |
| Herr Berthold Brehm | Bürgermeister Dezernat 1 |
| Frau Karin Genkel | Kinderbeauftragte |
| Frau Heidemarie Lüth | Bürgermeisterin Dezernat 5 |
| Herr Detlef Nonnen | Bürgermeister Dezernat 2 |
| Herr Miko Runkel | Bürgermeister Dezernat 3 |
| Frau Petra Wesseler | Bürgermeisterin Dezernat 6 |

Bedienstete der Stadtverwaltung

| | |
|----------------------|------------------------------|
| Frau Annkatrin Falk | Amtsleiterin Amt 14 |
| Frau Beate Frech | Abteilungsleiterin Abt. 15.4 |
| Frau Gunda Georgi | Amtsleiterin Amt 15 |
| Frau Angelika Härtel | Amtsleiterin Amt 20 |
| Frau Ingeburg Ludwig | Sachbearbeiterin Abt. 15.4 |
| Frau Annegret Obels | Amtsleiterin Amt 30 |
| Frau Ramona Seidel | Sachbearbeiterin Abt. 15.4 |
| Frau Conny Sänger | Sachbearbeiterin Abt. 15.4 |

Fraktionsangestellte

| | |
|------------------------|------------------------|
| Frau Kristina Bierögel | CDU-Ratsfraktion |
| Herr Raimon Brete | Fraktion DIE LINKE |
| Herr Robert Gruner | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN |
| Herr Eduard Jenke | Fraktion FDP |

Schriftführer

| | |
|-------------------|--------------------------|
| Herr Thomas Haase | Sachbearbeiter Abt. 15.4 |
|-------------------|--------------------------|

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig eröffnet die Sitzung. Sie begrüßt die Stadtratsmitglieder, die Einwohner, die Gäste sowie die Vertreter der Medien.

Sie stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Der Beschlussantrag BA-017/2010 (TOP 8.2) wird auf die nächste Stadtratssitzung am 23.06.2010 vertagt.

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Sie ist somit festgestellt.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich - vom 21.04.2010
-

Es liegen keine Einwendungen vor. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

- 4 Informationen der Oberbürgermeisterin
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig spricht über die Rückbenennung von Karl-Marx-Stadt in Chemnitz am 01.06.1990. Die Stadtverordnetenversammlung, zu der bereits schon die heutigen Stadträte Herr Dr. Langer, Herr Meyer, Herr Schinkitz und Herr Dr. Gericke gehörten, stimmte in ihrer konstituierenden Sitzung bei 5 Gegenstimmen und 6 Stimmenthaltungen für die Rückbenennung im Chemnitz. Damit sei ein neues Kapitel in der Stadtgeschichte aufgeschlagen worden.

Das Ergebnis der vorangegangenen Bürgerbefragung sei eindeutig gewesen. Bei 76 % Wahlbeteiligung haben sich ca. 145.000 Bürger für „Chemnitz“ und ca. 44.540 Bürger für „Karl-Marx-Stadt“ als Name ihrer Stadt entschieden.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig sagt, dass Karl Marx ein bedeutender Philosoph war und sie froh sei, dass das Monument noch in Chemnitz sei, da es ein Teil der Chemnitzer Stadtgeschichte sei.

Sie lädt alle Bürger zu den Veranstaltungen anlässlich des 20. Jahrestages der Rückbenennung, beginnend mit dem Theaterfestival am 27.05.2010, ein.

5 Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) spricht zur möglichen Fusion der Stadtwerke Chemnitz AG mit der Erdgas Südsachsen GmbH. Er mahnt, dass die Stadt ihren Gestaltungsanteil von 51 % bei der Fusion verliere. Seine Fraktion möchte die Thematik in der Öffentlichkeit diskutieren und er bittet die Oberbürgermeisterin, die Angelegenheit ohne Zeitdruck zu beraten. Es sei nicht angemessen, den ehrenamtlichen Stadträten am späten Abend in einer Informationsveranstaltung die Vorzüge der Fusion darzulegen. Er schlägt vor, die Fusion im Zusammenhang mit den Haushaltsplanungen der nächsten Jahre zu beraten und bittet darum, dem Stadtrat auch einen „Plan B“ ohne die Fusion vorzulegen.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig entgegnet, dass die Beratung am 31.05.2010 nur eine erste Information darstelle. Da das Thema sehr komplex ist, werden danach weitere Beratungen folgen.

6 Beschlussvorlagen

- 6.1 Ausscheiden der Stadträtin Frau Silke Brewig-Lange aus wichtigem Grund aus dem Stadtrat der Stadt Chemnitz und Nachrücken einer Ersatzperson
Vorlage: B-154/2010 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
-

Frau Stadträtin Brewig-Lange (Fraktion DIE LINKE) zeigt ihre Befangenheit an und verlässt den Sitzungsraum.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) teilt mit, dass er der Beschlussvorlage nicht zustimmen werde, da er die angegebenen Gründe nicht anerkenne. Die ARGE SGB II sei keine Behörde der Stadt, daher könne ein Stadtrat Mandanten in Rechtsstreiten gegen die ARGE vertreten. Er selbst vertrete ebenfalls Bürger gegen die ARGE.

Herr Stadtrat Dr. Langer (Fraktion DIE LINKE) meint, dass die ARGE eine Verwaltungsgemeinschaft und kein Bestandteil der Stadt sei. Sie basiere auf Regelungen, die das Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig ansieht. Er sagt, dass die Vertretung der Chemnitzer Bürger die Stadtratsmandate prägen. Er werde gegen die Beschlussvorlage stimmen.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig betont, dass nicht beabsichtigt ist, Frau Brewig-Lange aus dem Stadtrat herauszudrängen. Frau Brewig-Lange habe sie gebeten, ihre Stadtratstätigkeit zu beenden und als Oberbürgermeisterin müsse sie dieses Anliegen dem Stadtrat zur Entscheidung vorlegen.

Herr Bürgermeister Runkel unterstreicht, dass bei der ARGE ein Vertretungsverbot vorliege. Fraglich sei jedoch, ob Frau Brewig-Lange dadurch erheblich in ihrer Erwerbstätigkeit i. S. d. § 18 Abs. 1 SächsGemO behindert sei. Dies sei eine Ermessensentscheidung, die der Stadtrat treffen müsse.

Herr Stadtrat Kohlmann entgegnet, dass auch der von ihm befragte Präsident des Landessozialgerichts nicht mit Bestimmtheit sagen konnte, ob die ARGE eine Behörde der Stadt sei und damit die Voraussetzungen des Vertretungsverbotes vorlägen. Er betont nochmals, dass er selbst Bürger in Rechtsstreiten gegen die ARGE anwaltlich vertrete.

Beschluss B-154/2010

Der Stadtrat stimmt zu, dass Frau Silke Brewig-Lange aus wichtigem Grund gemäß § 18 Abs. 1 Ziffer 4 SächsGemO aus dem Stadtrat ausscheidet.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt (17 Ja-Stimmen,
16 Nein-Stimmen, 22 Stimmenthaltungen)**

Somit rückt Herr Jan Schulze als Stadtrat nach.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig bedankt sich bei Frau Brewig-Lange für ihr Engagement im Stadtrat.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig verpflichtet Herrn Schulze auf der Grundlage der § 35 Abs. 1 SächsGemO und § 3 Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Chemnitz auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten.

Das Gelöbnis wird von der Oberbürgermeisterin in Abschnitten vorgetragen und von Herrn Schulze nachgesprochen.

- 6.2 Wahl von Friedensrichterinnen/Friedensrichtern für die Schiedsstellenbezirke I, V und VI der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-103/2010 Einreicher: Dezernat 3/Amt 30
-

Da für jeden Schiedsstellenbezirk nur ein Platz zu besetzen ist und es jeweils mehrere Kandidaten gibt, findet gemäß § 39 (7) SächsGemO geheime Wahl statt.

Für die Wahlkommission werden Frau Bierögel, Herr Brete und Herr Jenke sowie als Schriftführerin Frau Seidel von der Geschäftsstelle des Stadtrates bestätigt. Die Wahlkommission bestimmt Herrn Brete als ihren Vorsitzenden.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erläutert den Stimmzettel und das Wahlverfahren. Sie schlägt vor, in einem Wahlgang mit verschiedenfarbigen Stimmzetteln die Friedensrichter für alle drei Schiedsstellenbezirke zu wählen. Dazu gibt es keinen Widerspruch seitens der Stadtratsmitglieder.

- Wahlhandlung -

Das Wahlergebnis wurde nach TOP 6.7 bekannt gegeben. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Nachvollziehbarkeit wird es bereits hier aufgeführt.

Wahlergebnis - Schiedsstellenbezirk I

anwesende Stimmberechtigte: 55
abgegebene Stimmen: 55

davon
gültige Stimmen: 51
ungültige Stimmen: 4
Stimmenthaltungen: 0

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Bauer, Ines 7 Stimmen
Schönwitz, Stefan 9 Stimmen

| | |
|-----------------------|------------|
| Renz, Josefine | 28 Stimmen |
| Tauchert, Olaf | 1 Stimme |
| Pompös, Robert | 5 Stimmen |
| Röder, Joachim | 0 Stimmen |
| Philipp, Klaus-Dieter | 0 Stimmen |
| Richter, Norman | 1 Stimme |

Die Kandidatin Frau Josefine Renz hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit gewählt.

Wahlergebnis - Schiedsstellenbezirk VI

anwesende Stimmberechtigte: 55
abgegebene Stimmen: 55

davon
gültige Stimmen: 51
ungültige Stimmen: 4
Stimmenthaltungen: 0

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

| | |
|--------------------|------------|
| Schmidt, Hannelore | 13 Stimmen |
| Biehle, Gesine | 38 Stimmen |

Die Kandidatin Frau Gesine Biehle hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit gewählt.

Wahlergebnis - Schiedsstellenbezirk V

anwesende Stimmberechtigte: 55
abgegebene Stimmen: 55

davon
gültige Stimmen: 52
ungültige Stimmen: 3
Stimmenthaltungen: 0

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

| | |
|------------------|------------|
| Kunze, Kerstin | 27 Stimmen |
| John, Klaus-Ingo | 25 Stimmen |

Es hat kein Kandidat die erforderliche Mehrheit erreicht. Somit erfolgt eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten.

- Wahlhandlung -

Das Wahlergebnis wurde nach TOP 6.8 bekannt gegeben. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Nachvollziehbarkeit wird es bereits hier aufgeführt.

Wahlergebnis - Schiedsstellenbezirk V (Stichwahl)

anwesende Stimmberechtigte: 56
abgegebene Stimmen: 56

davon
gültige Stimmen: 55
ungültige Stimmen: 1
Stimmenthaltungen: 0

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Kunze, Kerstin 37 Stimmen
John, Klaus-Ingo 18 Stimmen

Die Kandidatin Frau Kerstin Kunze hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit gewählt.

Beschluss B-103/2010

Der Stadtrat wählt für den Schiedsstellenbezirk I Frau Josefine Renz, für den Schiedsstellenbezirk V Frau Kerstin Kunze und für den Schiedsstellenbezirk VI Frau Gesine Biehle als Friedensrichterin.

- 6.3 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 04/08 Wohngebiet Kaßbergstraße
Vorlage: B-054/2010 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-054/2010

Der Stadtrat beschließt:

1. die Abwägungen zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 04/08 Wohngebiet Kaßbergstraße.
2. Auf Grund des § 12 des Baugesetzbuches in Verbindung mit §§ 13a und 10 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Dezember 2008 (BGBl. I S. 3018), sowie nach § 89 der Sächsischen Bauordnung in der Fassung vom 28. Mai 2004 (SächsGVBl. S. 200), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 102), in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (SächsGVBl. S. 55, 159), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138), beschließt der Stadtrat der Stadt Chemnitz den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 04/08 Wohngebiet Kaßbergstraße, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), in der Fassung vom 09.06.2009 (Anlage 3) als Satzung.
3. Die Begründung in der Fassung vom 08.01.2010 (Anlage 4 der Beschlussvorlage) wird gebilligt.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(1 Nein-Stimme, wenige Enthaltungen)**

- 6.4 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zur Ergänzungssatzung Nr. 09/10 Rabensteiner Straße, Grüna
Vorlage: B-091/2010 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-091/2010

Der Stadtrat beschließt:

1. die Abwägungen zur Ergänzungssatzung Nr. 09/10 Rabensteiner Straße, Grüna.
2. Aufgrund des § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), sowie nach § 89 der Sächsische Bauordnung (SächsBO) in der Fassung vom 28. Mai 2004 (SächsGVBl. S. 200), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. August 2009 (SächsGVBl. S. 438), in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (SächsGVBl. S. 55, 159), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 2009 (SächsGVBl. S. 323, 325) beschließt der Stadtrat der Stadt Chemnitz die Ergänzungssatzung Nr. 09/10 Rabensteiner Straße, Grüna in der Fassung vom Juni 2009 als Satzung (Anlage 3).
3. Die Begründung in der Fassung vom Juni 2009 (Anlage 4 der Beschlussvorlage) wird gebilligt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

- 6.5 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 95/12 "Hermann-Pöge-Straße", Teilgebiet 1
Vorlage: B-127/2010 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) sagt, dass seine Fraktion sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten werde. Nach seiner Auffassung sei das Gebiet bereits hochwertig erschlossen.

Beschluss B-127/2010

Der Stadtrat beschließt:

1. die Abwägungen zum Bebauungsplan Nr. 95/12 „Hermann-Pöge-Straße“, Teilgebiet 1.
2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S.2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), sowie nach § 89 der Sächsische Bauordnung (SächsBO) in der Fassung vom 28. Mai 2004 (SächsGVBl. S. 200), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. August 2009 (SächsGVBl. S. 438), in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (SächsGVBl. S. 55, 159), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 2009 (SächsGVBl. S. 323, 325), beschließt der Stadtrat der Stadt Chemnitz den Bebauungsplan Nr. 95/12 „Hermann-Pöge-Straße“, Teilgebiet 1, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) sowie dem Text (Teil B), in der Fassung vom 08.04.2009 als Satzung (Anlage 3).

3. Die Begründung mit dem Umweltbericht in der Fassung vom 06.04.2010 (Anlage 4) wird gebilligt.
4. Die zusammenfassende Erklärung über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Bebauungsplan berücksichtigt wurden und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt (einige Stimmenthaltungen)

- 6.6 Beitrittsbeschluss zur 22. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Chemnitz
(Bereich Heinrich-Schütz-Straße zwischen Planitzwiesen und Zeisigwaldkliniken im Stadtteil Sonnenberg)
Vorlage: B-129/2010 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-129/2010

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Stadt Chemnitz tritt der Auflage aus dem Genehmigungsbescheid der Landesdirektion Chemnitz vom 31.03.2010 (AZ. 51-2511.10/01.004/61-24) bei.
 - Im Abwägungsbeschluss und Beschluss zur 22. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Chemnitz vom 16.12.2009, Beschluss Nr. B-475/2009 des Stadtrates, wird der Beschlusspunkt Nr. 3 - die Billigung der Begründung mit dem Umweltbericht in der Fassung vom Oktober 2009 zur 22. Änderung des Flächennutzungsplanes - aufgehoben.
2. Die Begründung mit dem Umweltbericht zur 22. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Chemnitz in der überarbeiteten Fassung vom April 2010 entsprechend der Auflage der Landesdirektion (Anlage 3 der Beschlussvorlage) wird gebilligt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt (1 Stimmenthaltung)

- 6.7 Bauausführungsbeschluss für die Errichtung der "Chemnitzer Wallanlage/Johannisplatz im Bereich zwischen Straße der Nationen und Bahnhofstraße"
Vorlage: B-014/2010 Einreicher: Dezernat 6/Amt 67
-

Frau Bürgermeisterin Wesseler erläutert das Bauvorhaben. In der ersten Bauphase sei geplant, im September 2010 zwischen dem ehemaligen Posthof und dem RAWEMA-Gebäude mit dem Bau zu beginnen. Dies sei aufgrund der Höhenunterschiede in diesem Bereich wichtig. Im 2. Bauabschnitt 2011 sei vorgesehen, in dem Bereich unmittelbar vor dem denkmalgeschützten Sparkassengebäude die Außenanlagefläche herzurichten. Das Vorhaben sei in einer Beschlussvorlage zusammengefasst worden, damit zeitgleich mit dem Bau die Freigabe für die Ausarbeitung der weiteren Planung erfolgen könne.

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) spricht zum Änderungsantrag seiner Fraktion. Der Wall sei ein gutes Vorhaben und man müsse die Investoren schützen.

Daher sollen die Bauphasen 1a und 1b ausgeführt werden. Die Bauphasen 2 und 3 sollen jedoch zurückgestellt werden und erst im Zusammenhang mit einer späteren Bebauung ausgeführt werden.

Herr Stadtrat Füsslein (Fraktion FDP) meint, dass es nicht schlüssig sei, am Ende des Walls einen Kinderspielplatz zu errichten. Man müsse die Planung hinterfragen und im Planungs- und Umweltausschuss noch einmal besprechen.

Herr Stadtrat Schmidt (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass der Wall nicht zur Verkehrsregelung da sei, sondern als innerstädtische Flaniermeile gedacht sei. Er fügt hinzu, dass er den Verwaltungsvorschlag unterstütze und der Beschlussvorlage zustimmen werde.

Frau Bürgermeisterin Wessler führt aus, dass der zweite Bauabschnitt, sollte er herausgenommen werden, in der späteren Haushaltsplanung möglicherweise nicht wieder aufgenommen werden könne. Der Kinderspielplatz werde natürlich so gestaltet, dass die Kinder in einem geschützten Bereich spielen und nicht auf die Straße laufen können.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betont, dass man die Chance habe, die Stadtmitte weiter zu gestalten. Er gibt zu Bedenken, dass es unklar sei, ob in zwei Jahren noch Geld für das Vorhaben vorhanden sei. Zunächst müsse man den Bereich in Ordnung bringen, dann würde das auch weitere Investoren anlocken.

Herr Stadtrat Ulbrich entgegnet, dass man zuerst die Bebauung klären müsse, sodass man später nicht nachbessern müsse.

Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion:

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(viele Stimmen dafür, mehr Stimmen dagegen)**

Beschluss B-014/2010

Der Stadtrat beschließt die Bauausführung für die Errichtung der „Chemnitzer Wallanlage/Johannisplatz im Bereich zwischen Straße der Nationen und Bahnhofstraße“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt (viele Stimmenthaltungen)

6.8 Umbenennung der "Güterbahnhofstraße" im Stadtteil Bernsdorf in "Fraunhoferstraße"

Vorlage: B-034/2010

Einreicher: Dezernat 6/Amt 62

Es gibt keinen Handlungsbedarf.

Beschluss B-034/2010

Der Stadtrat beschließt:

Die Güterbahnhofstraße im Stadtteil Bernsdorf wird umbenannt in „Fraunhoferstraße“.

Der gemäß Bebauungsplan Nr. 09/06 „Technopark Süd“ weiterführende Straßenzug bis zur Werner-Seelenbinder-Straße erhält die gleiche Bezeichnung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt (1 Nein-Stimme)

7 Informationsvorlagen

- 7.1 Bericht über die Tätigkeit des Arbeitskreises Korruptionsprävention und der Anti-Korruptionskoordinatorin der SVC sowie des Ombudsmannes im Zeitraum Januar bis Dezember 2009
Vorlage: I-022/2010 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 14
-

Herr Stadtrat Schmidt (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt, ob 10 Korruptionsverdachtsfälle in einem Jahr viel oder wenig Verdachtsfälle seien. **Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** fragt, ob die Ausführung in der Informationsvorlage, dass bisher Korruption und Präventionsmaßnahmen noch relativ theoretische Begriffe für die Bediensteten der Stadtverwaltung seien, bedeute, dass die Konzepte zur Korruptionsprävention nicht umgesetzt werden.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig sichert eine schriftliche Beantwortung der Fragen zu. Sie sagt, dass Chemnitz im Vergleich zu anderen Städten einen guten Stand bei der Korruptionsbekämpfung habe.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 7.2 Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten 01.01.2008 - 31.12.2009
Vorlage: I-039/2010 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 7.3 Finanzcontrolling per 31.03.2010
Vorlage: I-038/2010 Einreicher: Dezernat 2/Amt 20
-

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) fragt bezüglich der bisher angefallen Planungskosten bei der Maßnahme „Umweltzentrum Henriettenstraße 5“, seit wann die 85.000 Euro, die aus dem Verwahrbereich entnommen wurden, zur Verfügung standen.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig sichert eine Beantwortung zu.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8 Beschlussanträge

- 8.1 Festlegung der Eigentümerziele für wichtige Eigen- und Beteiligungsgesellschaften der Stadt Chemnitz
Vorlage: BA-016/2010 Einreicher: Fraktion DIE LINKE
-

Herr Stadtrat Dr. Neubert (Fraktion DIE LINKE) erläutert, dass der Beschlussantrag der Sicherung der Stabilität und Qualität der Daseinsfürsorge diene. Weitere wichtige Aspekte seien die Erwirtschaftung eines Beitrages für den Haushalt und die beschäftigungspolitische Bedeutung der kommunalen Unternehmen. Man müsse Eckpunkte schaffen, um die Steuerung und Steuerbarkeit der städtischen Beteiligungen zu verbessern und größere Transparenz zu schaffen.

Herr Stadtrat Dr. Neubert sagt, dass entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zum Beschlussantrag aus dem Beschlussvorschlag die Worte „vor dem Beschluss des Entwicklungs- und Konsolidierungskonzeptes 2015“ gestrichen werden.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) meint, dass die Diskussion in den Aufsichtsgremien und im Stadtrat nicht übereilt werden sollte. Man müsse die Diskussion offen führen, welche der städtischen Beteiligungen tatsächlich der Daseinsvorsorge dienen. Sie bittet darum, das Wort „wichtigste“ im Punkt 1 des Änderungsantrages ihrer Fraktion zu streichen.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) unterstützt die Ausführungen von Herrn Stadtrat Dr. Neubert und teilt mit, dass seine Fraktion dem Beschlussantrag zustimmen werde.

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) meint, dass der Änderungsantrag etwas völlig anderes beabsichtige als der ursprüngliche Beschlussantrag. **Herr Stadtrat Zais (Fraktion DIE LINKE)** entgegnet, dass der Inhalt des Änderungsantrages in den Beschlussantrag aufgenommen werden könne.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) sagt, dass er dem Beschlussantrag der Fraktion DIE LINKE zustimme, jedoch nicht dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, da es sich dabei um einen gänzlich anderen Sachverhalt handle. Er fragt, was unter „öffentlicher Daseinsvorsorge“ genau zu verstehen sei.

Frau Stadträtin Zais antwortet, dass es keine Definition dafür gebe. Die Sächsische Staatsregierung habe auf eine Große Anfrage hin ebenfalls mitgeteilt, dass der Begriff nicht definiert sei. Der Änderungsantrag ziele darauf ab, dass die Stadtverwaltung für sich eine Definition erarbeite.

Herr Bürgermeister Nonnen macht ebenfalls deutlich, dass es keine Legaldefinition gebe, sondern nur Erläuterungen in der Rechtsliteratur. Er weist darauf hin, dass bei der Streichung des Wortes „wichtigste“ im Änderungsantrag sich dieser auf 62 Unternehmen ausweite. Er halte den Beschlussantrag, der sich nur auf die wichtigsten städtischen Beteiligungen bezieht, für sinnvoller.

Herr Stadtrat Dr. Gericke (SPD-Fraktion) meint ebenfalls, dass sich die Definition des Begriffs „Daseinsvorsorge“ in den vergangenen 50 Jahren gewandelt habe. Er fragt, was es ihr nutze, wenn die Verwaltung eine Begriffsdefinition vorlege. **Frau Stadträtin Zais** antwortet, dass der Stadtrat dann ein Diskussionsangebot habe.

Herr Stadtrat Dr. Müller (CDU-Ratsfraktion) beantragt eine Sitzungsunterbrechung von 5 Minuten.

– Sitzungsunterbrechung von 17:12 Uhr bis 17:23 Uhr –

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) führt aus, dass die mündliche Begründung des Beschlussantrags durch Herrn Stadtrat Dr. Neubert seine Fraktion darin bestärke, dass es weniger um Inhalte und mehr um politische Gründe gehe. Er betont, dass man über die Aufsichtsräte schon genügend Einfluss auf die Beteiligungen habe.

Herr Stadtrat Zais entgegnet, dass es kaum Anträge gebe, die nicht politisch motiviert seien. Er betont die wirtschaftliche Bedeutung der Kommunen.

Frau Stadträtin Zais zieht den 1. Punkt des Änderungsantrages ihrer Fraktion zurück.

Abstimmung über Punkt 2 des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(eine Reihe Stimmen dafür, viele Stimmen dagegen,
einige Stimmenthaltungen)**

Beschluss BA-016/2010

1. Die Stadtverwaltung legt dem Stadtrat im 2.Halbjahr 2010 die Eigentümer geprägten Oberziele der Stadt Chemnitz für die wichtigsten Eigen- und Beteiligungsgesellschaften zur Beschlussfassung vor.
2. Auf der Grundlage der festgelegten Eigentümerziele sind die Unternehmenskonzepte entsprechend zu überarbeiten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

- 8.2 Überarbeitung des Lokalen Aktionsplans für Toleranz und Demokratie
Vorlage: BA-017/2010 Einreicher: Fraktion FDP, CDU-Ratsfraktion
-

Der Beschlussantrag wurde unter Tagesordnungspunkt 2 abgesetzt.

- 8.3 Hochschulkooperation zur Untersuchung der Herausforderung des demografischen Wandels ausweiten
Vorlage: BA-018/2010 Einreicher: Fraktion FDP
-

Herr Stadtrat Reinshagen (Fraktion FDP) meint, dass man mit der Hochschulkooperation die Chance habe, eine Vorbildfunktion für andere Kommunen einzunehmen und junge Leute in anderen Regionen mit Chemnitz bekannt zu machen. Er kritisiert, dass das Thema Wirtschaft im Stadtrat kaum thematisiert werde. Er äußert Unverständnis darüber, dass die Stellungnahme der Verwaltung im Widerspruch zur Antwort auf eine Ratsanfrage zu Demografie-Modellprojekten stehe. Er sehe die Stellungnahme zum Beschlussantrag jedoch positiv und teilt mit, dass der Beschlussantrag entsprechend der Stellungnahme dahingehend geändert wird, dass der Projektplan nicht bis Juni sondern bis September 2010 vorzulegen ist.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig entgegnet, dass die Stellungnahme von Frau Lüth besagt, dass es ein gangbarer Weg sei, im Zuge der Haushaltskonsolidierung auf Förderprogramme zurückzugreifen. **Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** weist darauf hin, dass man den Studenten nicht vorschreiben könne, über welches Thema sie beispielsweise ihre Diplomarbeit schreiben; die Entscheidung liege bei ihnen selbst.

Herr Stadtrat Zais (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass seine Fraktion das Anliegen der Fraktion FDP grundsätzlich unterstütze. Der Stadtrat müsse sich Gedanken machen und über Fraktionen hinweg konkret untersetzte Aufträge vergeben. **Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** teilt mit, dass 2011 eine Demographie-Werkstatt stattfinden werde, bei der die Fraktionen einbezogen werden.

Frau Stadträtin Szymenderski (SPD-Fraktion) unterstützt die Intention des Beschlussantrages. Sie betont jedoch, dass dieser auch umsetzbar sein müsse und die Universitäten vor allem finanzielle Ressourcen brauchen. Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussantrag nicht zustimmen, da sich die Stadtverwaltung im „Jahr der Wissenschaft“ bereits mit der Thematik befasse.

Beschluss BA-018/2010

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, mit Unterstützung der sächsischen Hochschulen sowie mit Hochschulen außerhalb des Freistaates Sachsen Konzepte und Vorschläge zu erarbeiten, die bei der Bewältigung der Herausforderungen des demographischen Wandels in der Stadt Chemnitz Anregungen bieten und eine breite Grundlage für kommunalpolitische Entscheidungen ermöglichen. Die Situation der Stadt Chemnitz soll insbesondere mit Regionen, die einen ähnlichen Strukturwandel vollziehen, verglichen werden und hinsichtlich best-practise-Projekten untersucht und bewertet werden.

Hierfür sind entsprechende Themen für Studien- und Studienabschlussarbeiten sowie Promotionen und Habilitationen anzubieten und deren Erarbeitung zu unterstützen. Außerdem ist sicherzustellen, dass die Angebote für die Themen den Hochschulen zugehen und entsprechend beworben werden.

Die Technische Universität Chemnitz soll aufbauend auf der bestehenden Kooperationsvereinbarung mit der Stadt Chemnitz eine wichtige Koordinierungsfunktion einnehmen und in Zusammenarbeit mit der Stadt Chemnitz lokale Ideen und Anregungen mit einbinden.

Als vordringliche Ansprechpartner werden die FH Zwickau, die FH Mittweida und die TU Chemnitz erachtet.

Dem Stadtrat ist bis zu seiner Sitzung im September 2010 ein entsprechender Projektplan vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

9 Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) fragt, wieso auf der Weststraße stadteinwärts kurz vor der Kaßbergauffahrt Tempo 30 angeordnet sei und in die Gegenrichtung im gleichen Abschnitt Tempo 50.

Frau Stadträtin Pester (Fraktion DIE LINKE), Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) und **Frau Stadträtin Köhler (fraktionslos)** geben je eine schriftliche Ratsanfrage ab.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) gibt eine schriftliche Nachfrage zur seiner Ratsanfrage zur Befangenheit von Stadtratsmitgliedern ab. Er meint, dass gemäß der Antwort auf seine Anfrage die Stadträte, die in den Aufsichtsrat der VVHC gewählt wurden, bei der Beschlussfassung über das Konzept zur Neuvergabe auslaufender Konzessionen nach dem Energiewirtschaftsgesetz nicht befangen gewesen seien.

Herr Stadtrat Leistner (CDU-Ratsfraktion) gibt eine Frage zu den Einsparungseffekten bei der Schließung von 6 Grundschulen ab. **Frau Stadträtin Knorr (SPD-Fraktion)** gibt eine Frage zum gleichen Sachverhalt ab.

Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion) gibt eine Anfrage zur Arbeit der Gleichstellungsstelle ab.

Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) fragt nach den Einnahmen aus der Vermietung und Verpachtung von Mobilfunkstandorten der Tochterunternehmen, der Eigenbetriebe und der Stadt Chemnitz im Jahr 2009.

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) gibt eine Nachfrage zu seiner Ratsanfrage betreffend der Fußgängerbrücke in Ebersdorf ab.

10 Bestimmung von zwei Stadtratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden **Herr Stadtrat Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE)** und **Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** bestätigt.

* * *

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig schließt die Sitzung

02.06.2010 *Barbara Ludwig*
Datum Barbara Ludwig
Vorsitzende
des Stadtrates

14.06.2010 *Hopperdietzel*
Datum Hopperdietzel
Mitglied
des Stadtrates

14.06.2010 *Zais*
Datum Zais
Mitglied
des Stadtrates

01.06.2010 *Haase*
Datum Haase
Schriftführer